



BERLINER NOTIZEN

Bodo Seidenthal (MdB) informiert aus der Hauptstadt

Ausgabe 3, Nummer 5

Juni 2002

Die CDU will keine soziale Grundsicherung

Ein wesentliches Ziel von Rot-Grün ist der Abbau und die Beseitigung der verschämten Altersarmut. Deshalb haben wir im Zusammenhang mit der Rentenreform die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beschlossen. Sie tritt am 01. Januar 2003 in Kraft und ist gegenüber der Sozialhilfe vorrangig.

Die CDU/CSU will diesen sozialpolitischen Erfolg wieder rückgängig machen. Denn die steuerfinanzierte Grundsicherung ist

- keine Versicherungsleistung,
- keine Ersatz- oder Mindestrente.

Die Leistung ist allein abhängig von der Bedürftigkeit. Eigenes Einkommen und Vermögen sind wie in der Sozialhilfe anspruchsmindernd zu berücksichtigen.

Im Gegensatz zur Sozialhilfe besteht gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern und Eltern mit einem Jahreseinkommen unter 100.000,- € keine Möglichkeit des Unterhaltsrückgriffs.

Diese Regelung zur Grundsicherung ist ein wichtiger sozialer Fortschritt.

Wenn die CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm fordert, das Grundsicherungsgesetz nicht in Kraft treten zu lassen, zeigt sie, dass sie kein Interesse am Schicksal älterer oder erwerbsgeminderter Menschen hat: Das ist nicht nur unchristlich, sondern auch unsozial, gerade gegenüber den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft.

Für eine angeblich christliche Partei ist das ein gesellschaftspolitischer Skandal.

Ganz genau...

„Ich vergleiche 16 Jahre Kohl-Regierung mit 4 Jahren Schröder-Regierung. Ich kann nur sagen: Die letzten 4 Jahre haben den Arbeitnehmern klar mehr gebracht, als die ganze Zeit davor. Das vergesse ich nicht bei einer Wahlentscheidung.“

*Michael Sommer, DGB-Vorsitzender
in der Berliner Zeitung
vom 23.05.02*

In dieser Ausgabe:

Zum Konzept 3 x 40 der Union	2
Zur FDP	3
Zur Regierungserklärung Innovation	4



Das Konzept 3 x 40 der Union

Die Union will den Spitzensteuersatz, die Sozialversicherungsausgaben und die Staatsquote jeweils auf unter 40 % senken.

Das Konzept ist unseriös, unsozial und nicht zu finanzieren. Allein die Absenkung der Staatsquote von aktuell 48,5 % auf 40 % bedeutet eine Verringerung der staatlichen Ausgaben um rd. 170 Mrd. €.

Auf den Bund entfielen dabei 80 Mrd. € – das ist etwa ein Drittel des Bundeshaushaltes. Ein solches Einsparvolumen ist nur mit drastischen Leistungseinschnitten im Sozialbereich und durch einen massiven Abbau bei Investitionen zu finanzieren, konkret also Kürzungen z.B. bei Rente, Arbeitslosenversicherung und der Verkehrsinfrastruktur.

- Das Rentenzugangsalter müsste auf 68 Jahre angehoben oder die Durchschnittsrente um 204 € auf 960 € gekürzt werden.
- Die Ausgaben für das Arbeitslosengeld würden um jährlich 4,4 Mrd. € verringert. Arbeitslose erhielten dann nur noch 600 statt bisher 730 € im Durchschnitt.
- Bei Verkehrsinvestitionen stünden rd. 4 Mrd. € jährlich weniger zur Verfügung. In diesem Jahrzehnt könnte kein einziges der für den Bundesverkehrswegeplan angemeldeten Vorhaben begonnen werden. Ein Drittel der Bundesmittel für den ÖPNV würden entfallen.

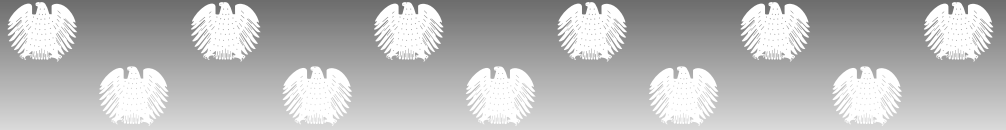
Diese Beispiele zeigen, dass das Konzept der Union das Papier nicht wert ist, auf dem es gedruckt ist.

Das gilt auch für die Absenkung des Spitzensteu-

ersatzes auf unter 40%. Schon heute steht im Gesetz, dass der Spitzensteuersatz bis 2005 auf den historischen Tiefstwert von 42% sinken wird. Nur zur Erinnerung: 1998 betrug der Spitzensteuersatz 53%. Eine weitere Absenkung auf unter 40% würde rd. 43 Mrd. € gegenüber dem geltenden Recht im Jahr 2005 kosten. Kurz gesagt: Die groß angekündigte Steuerreform der Union ist in Wahrheit eine bloße Steuererleichterung für die zehn Prozent Spitzenverdiener in Deutschland. Steuererleichterungen für kleine und mittlere Einkommen hat die Union nicht im Visier, der von ihnen gewollte Eingangssteuersatz steht schon im Rahmen unserer Steuerreform im Gesetzblatt.

Eine Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge von derzeit 41,3 % auf 40 % hätte Beitragsausfälle von rd. 13 Mrd. € zur Folge. Gleichzeitig will die Union die letzte Stufe der Ökosteuer im nächsten Jahr abschaffen. Kostenpunkt: weitere 3 Mrd. € jährlich bzw. 0,2 Prozentpunkte für die Beiträge zur Rentenversicherung. Klar ist, die Union kann das nur finanzieren, wenn gleichzeitig das Arbeitslosengeld verringert, die Leistungen im Gesundheitsbereich eingeschränkt (Zuzahlung beim Zahnersatz, Mutter-Kind-Kuren) und das Rentenleistungsniveau abgesenkt werden.

Fazit: Das Konzept 3 x 40 ist ein Programm für Spitzenverdiener. Es macht den Staat schwach und schränkt seine Gestaltungsmöglichkeiten ein, es spaltet unser Land und gefährdet den sozialen Frieden.



Die FDP, Möllemann und der Antisemitismus

Die Eskapaden von Herrn Möllemann und die hilflosen Reaktionen der FDP und ihres Vorsitzenden zeigen: Westerwelle führt seine Partei nicht, er wird (vor) geführt.

FDP heißt: **F**ür **D**en **P**opulismus.

Wohin die Reise geht, hat Möllemann ausgerechnet im Neuen Deutschland (24.5.) formuliert: Er bezeichnet die europaweiten Wahlergebnisse – in Italien, Frankreich, Dänemark, den Niederlanden – als „Emanzipation der Demokraten“. Vielleicht träumt er wirklich davon, ein deutscher Haider zu werden – denn Haider ist auch der einzige Politiker europaweit, der sich über Möllemanns Amoklauf gefreut hat.

Noch ein Hinweis: Man darf bei alledem nicht das Wahlprogramm der FDP übersehen, es enthält Aussagen zu Steuersenkungen und Staatsquote, gegen die der 3 x 40-Unfug der CDU fast harmlos wirkt.

Ich stimme meinem Kollegen Friedrich Merz eigentlich nur selten zu, aber in diesem Falle gerne. Er hat gesagt:

„Beim FDP-Parteitag hat offensichtlich ein kollektives Besäufnis ohne Alkohol stattgefunden. Die FDP muss aufpassen, dass sie nicht irgendwann quer in ihren Schuhen

steht. Ich habe nichts gegen Gags und Effekte, aber dahinter muss auch irgendwann Inhalt und Substanz stecken.“ (Die Welt 14.5.2002)

Der Schaden, den Möllemann und die Schwäche der FDP-Führung für unserer Demokratie und unserer politische Kultur anrichten, ist groß. Gunter Hofmann hat in der Zeit (29.5.2002) geschrieben:

„Die FDP verrät sich und sie versagt. Den Kandidaten Stoiber zuallererst zwingt die demaskierte FDP, Farbe zu bekennen. Eine Sammlungsbewegung, die vom Beliebigen ins Verantwortungslose abgleitet? Sie ist unwählbar!

Ein Außenminister auf Möllemanns Kurs? Nie!

Diese FDP nach der Metamorphose? Nein danke. Sie bricht nicht Tabus, sie stellt die innere Verfasstheit der Republik zur Disposition.“

Herr Stoiber muss Position beziehen zu denen, mit denen er regieren will.

Bodo Seidenthal, MdB

Büro:

Paul-Löbe-Haus, Zi. 7.237/39/41

Telefon: 030/227-7 38 66

Postanschrift:

Fax: 030/227-7 64 19

Platz der Republik 1

E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de

11011 Berlin

Ansprechpartnerin: Katharina Fricke

Bürgerbüro:

Schuhstraße 24

38350 Helmstedt

Telefon: 0 53 51/59 98 27

Ansprechpartner: Michael Eli

Wahlkreisbüro:

Schillerstraße 6-8

38440 Wolfsburg

Telefon: 0 53 61/1 44 18

Ansprechpartner: Dirk Roller

Innovationsoffensive für Deutschland

Bildung, Ausbildung, Fort- und Weiterbildung sind Schlüssel, die über die Lebenschancen jedes Einzelnen entscheiden. Qualifizierung, Information und Kommunikation fördern wiederum notwendige Innovationen und prägen den Wirtschaftsstandort Deutschland. Deshalb ist die Bildungsreform nie abgeschlossen, das Bildungssystem nie endgültig. PISA hat das bestätigt. Die Kohl-Regierung hat hier versagt. Deshalb war es für unsere Zukunft wichtig, den Reformstau im Bildungswesen zu überwinden:

Wir haben dafür gesorgt, dass die allgemeinbildenden Schulen einen Zugang zum Internet erhielten und mit einem ISDN-Anschluss ausgestattet wurden. Helmut Kohl war der Unterschied zwischen Datenautobahn und Bundesautobahnen noch nicht geläufig.

- Das BAföG ist zeitgemäß fortentwickelt, erhöht und angepasst. Dies hat eine deutliche Trendwende bei der Zahl der Geförderten gebracht.
- Wir werden die Kinderbetreuung verbessern und den Kindergartenbereich stärker an das Bildungssystem heranführen und die Ganztagsbetreuung

ausbauen. Wir wollen, dass der Bund in den nächsten Jahren Länder und Kommunen durch ein „Zukunftsprogramm Bildung und Betreuung“ unterstützt, in dem 4 Mrd. € für den Ausbau der Ganztagsbetreuung zur Verfügung stehen.

Wir nehmen die Ergebnisse der PISA-Untersuchung ernst und werden Konsequenzen daraus ziehen. Eine Konsequenz ist, dass wir einen nationalen Bildungsbericht brauchen. Die kontinuierliche Überprüfung der Schulleistungen und der Qualitätsstandards werden ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu mehr Qualität und Gerechtigkeit in unserem Bildungssystem sein.

Im Bundeshaushalt 2002 sind ca. 9 Mrd. € für Forschung und Entwicklung vorgesehen. Das ist der größte Etat für Bildung und Forschung, den es in der Bundesrepublik jemals gegeben hat. Im Vergleich zu 1998, dem letzten Jahr der Vorgängerregierung, sind es rd. 15,5 % mehr. Bildung und Forschung haben für uns Priorität. Unsere Innovationsoffensive stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland.